

# Energiearmut – Bedeutung allgemein und in Kassel

Barbara Freytag-Leyer, Ulrich Türk

*Energiearmut ist ein Problem, das in Deutschland erst langsam an Bedeutung gewinnt. In anderen Ländern, insbesondere in Großbritannien sowie in der EU, wird dem Thema schon länger Aufmerksamkeit geschenkt. Trotzdem liegt keine international einheitliche Definition vor. Energiearmut ist ein sozialökologisches Problem, allerdings werden ökologische und soziale Aspekte noch in viel zu geringem Umfang in Verbindung gebracht und erforscht. Es werden Ursachen, einzelne Beispiele zur Reduzierung sowie ein Projekt in Kassel vorgestellt. Anhand des Kasseler Beispiels werden verschiedene, mögliche Handlungsmöglichkeiten und -ansätze auf nationaler und kommunaler Ebene sowie für die Verbraucherseite aufgezeigt.*

**E**nergiearmut ist ein sozialökologisches Problem. Dies wird mehr und mehr erkannt, allerdings noch in viel zu geringem Umfang. Die ökologische Seite des Klimawandels und die geplanten Maßnahmen zur sog. Energiewende werden ausführlich dargestellt, aber wenig die sozialen Auswirkungen. Einige Bundesländer, Verbraucherschützer, Energieversorger und Kommunen o. a. haben sich in den letzten Jahren mit dieser Thematik beschäftigt, Initiativen gestartet, Modellprojekte durchgeführt und Dossiers herausgegeben, während auf bundespolitischer Ebene das Thema wenig berücksichtigt wurde und wird. So ist beispielsweise die Problematik im letzten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung noch nicht berücksichtigt worden (BMAS, 2013). Die momentan gefallenen Ölpreise und günstigere Nebenkostenabrechnungen für das letzte Jahr lassen das Problem Energiearmut im Augenblick etwas in den Hintergrund treten.

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die Entwicklung des Begriffs und die Ursachen gegeben. Einzelne Beispiele zur Reduzierung des Energieverbrauchs und ein Projekt in Kassel zeigen anschließend, wie vielschichtig das Problem ist, und welche Handlungsansätze es gibt.

## Gibt es eine einheitliche Definition?

Für Energiearmut gibt es keine international einheitliche Definition. Der Begriff „Energiearmut“ entstand in Großbritannien nach der Ölkrise im Jahr 1973. Durch die damals stark gestiegenen Energiepreise waren vor allem einkommensarme Haushalte in den Wintermonaten betroffen (Kopatz u. a. 2013, 62). In Großbritannien wurde schon 1979 als energiearm („fuel poor“) definiert, wenn Haushalte mehr als zehn Prozent ihrer Ausgaben für Energie tätigen (Isherwood, Hancock, 1979 in: Kopatz u. a. 2013, 67). Allerdings werden nicht die tatsächlichen Kosten zugrunde gelegt, sondern die Kosten, die anfallen würden, wenn WHO-Empfehlungen erfüllt würden. Nach einer Formel und entsprechend einer umfangreichen

ministeriellen Handreichung zur Berechnungsmethode erfolgt die Berechnung (Kopatz u. a. 2013, 66 f). Diese Definition ist in Großbritannien nicht unumstritten hinsichtlich der Treffsicherheit.

Eine andere Definition von Energiearmut wurde 2011 für Großbritannien im sog. Hills-Report entwickelt. Dabei werden Energiekosten und Einkommen gewichtet. Energiearmut liegt vor, wenn die notwendigen Ausgaben eines Haushalts „für Energie über dem Median liegen und das Einkommen nach Abzug der Energiekosten unterhalb der offiziellen Armutsgrenze liegt“ (Kopatz u. a. 2013, 68). Da bei dieser Berechnungsmethode die in den letzten Jahren gestiegenen Energiepreise kaum Auswirkungen hatten, wurde der „fuel poverty gap“ entwickelt. Dabei wird die Differenz zwischen den Energiekosten eines Haushalts und den Mediankosten berechnet. Die Energiearmut ist umso größer, je größer die „Lücke“ ist (Kopatz u. a. 2013, 69).

In der EU wurde Energiearmut 2009 als wachsendes Problem erkannt. (RL 2009/72/EG, 53). In der Richtlinie RL 2009/72/EG wird allerdings nur der Elektrizitätsbinnenmarkt erfasst. Betroffene EU-Staaten sollten nationale Aktionspläne oder andere Gesamtkonzepte zur Verringerung, insbesondere im Rahmen der Sozialpolitik und der Gebäudeeffizienz, erstellen (RL 2009/72/EG, 53). Energiepreise sollen leicht vergleichbar, transparent und angemessen sein (RL 2009/72/EG, 45). Verbrauchsdaten sollten objektiv, transparent und leicht zugänglich sein. Vorauszahlungen sollen den wahrscheinlichen Stromverbrauch widerspiegeln. Anreize zur Energieeinsparung sollen durch laufende Information über den Stromverbrauch erfolgen (RL 2009/72/EG, 50). Die Einführung von intelligenten Messsystemen sollte nach wirtschaftlichen Erwägungen erfolgen (RL 2009/72/EG, 55).

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWS) hat 2011 in einer Stellungnahme zum Thema Energiearmut im Kontext von Liberalisierung und Wirtschaftskrise auf die steigende Bedeutung von Energiearmut nicht nur für den Ener-

giesektor, sondern auch für Gesundheit, Verbrauch und Wohnungsbau hingewiesen (EWS 2011, 1.3). Das Zusammenwirken von niedrigem Einkommen, unzureichender Gebäudequalität und hohen Energiepreisen sind ausschlaggebend für Energiearmut (EWS 2011, 2.7). Der EWS weist daraufhin, dass die Bekämpfung der Energiearmut eine neue soziale Priorität aufweist und auf allen Ebenen in Angriff genommen werden sollte (EWS 2011, 1.2).

Für den EWS bedeutet Energiearmut die Schwierigkeit oder Unmöglichkeit, eine Wohnstätte angemessen und zu einem korrekten Preis zu heizen. Dafür könnte die Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) herangezogen werden, nach der thermische Behaglichkeit bei 21,0 °C im Wohnraum und 18,0 °C in weiteren Räumen liegt (EWS 2011, 2.3). Außerdem sollte die Verfügbarkeit von weiteren grundlegenden Energiedienstleistungen wie Beleuchtung, Verkehr oder Strom für Internet und sonstige Geräte zu einem angemessenen Preis einbezogen werden (EWS 2011, 2.3). Der EWS weist daraufhin, dass bestehende Statistiken harmonisiert werden müssen, um zunächst das genaue Ausmaß der Energiearmut festzustellen (EWS 2011, 1.5), gemeinsame Leitlinien zur Bekämpfung erstellt (EWS 2011, 1.2) und Erfahrungen aus schon durchgeführten wirksamen Maßnahmen in einigen Mitgliedsländern einbezogen werden sollten (EWS 2011, 2.9).

In Deutschland gibt es keine anerkannte wissenschaftliche oder gesetzliche Definition für Energiearmut. Nach Auffassung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen liegt Energiearmut vor, wenn Menschen „einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres geringen Einkommens für Wärme und Strom aufwenden müssen oder aufgrund ihrer Einkommenssituation nicht mehr in der Lage sind, ihre Energierechnung zu bezahlen“ (VZ NRW 2014, 3). Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchstichprobe (EVS) können herangezogen werden, um das Ausmaß an Energiearmut festzustellen. Dabei kann nach Abzug der Miete vom Nettoeinkommen ein Zehn-Prozent-Schwellenwert herangezogen werden. Allerdings werden zurzeit bei der EVS die Energiekosten nicht in den jährlichen Stichproben, sondern nur in der fünfjährigen umfangreicheren Stichprobe erhoben (Kopatz u. a. 2013, 73).

### **Welche Ursachen liegen für Energiearmut vor?**

Ursachen für Energiearmut sind vielfältig. Hauptursachen sind geringes Haushaltseinkommen, hoher Energiebedarf durch Gebäude (u. a. mangelhafte Isolierung, veraltete Heizung, Lage der Wohnung), ineffiziente Geräte sowie hohe Energiepreise (Strom, Gas, Heizöl oder Fernwärme) und ungünstiges Nutzerverhalten z. B. bei Lüftung, Raumtemperatur und Beleuchtung (Kopatz u. a. 2013, 24). Es trifft allerdings nicht zu, dass Menschen mit geringem Einkommen besonders viel Strom verbrauchen. Sie können sich häufig nicht zu viele energieverbrauchende Geräte kaufen und nicht sehr große Wohnungen leisten. Allerdings geben sie prozentual einen höheren Anteil des verfügbaren Einkommens für Energie aus wie Haushalte mit höherem Einkommen. 8 Millionen Haus-

halte mit einem monatlichen Haushaltseinkommen unter 1.300 € wären nach der Zehn-Prozentregel als energiearm zu bezeichnen (Kopatz u. a. 2013, 72).

Hinzu kommt, dass viele Haushalte mit geringem Einkommen in unsanierten Gebäuden wohnen, da die Sozialbehörden nur besonders günstige Mietkosten übernehmen. Dabei handelt es sich um Wohnungen in wenig sanierten Nachkriegsgebäuden oder Gründerzeitgebäuden in Stadtteilen mit besonders hohem Erneuerungsbedarf (Kopatz u. a. 2013, 146). Veraltete Heizungen, ungedämmte Wände und reduziertes Heizen, um Energiekosten zu sparen, führen zu Gebäudeschädigungen, Schimmelbildung und Gesundheitsbeeinträchtigungen. Erfolgen energetische Sanierungen, erniedrigt sich zwar der Energieverbrauch, aber die Wohnungsmieten steigen.

Die Verbraucherzentrale Hessen hat 2013 eine Umfrage bei hessischen Energieversorgern zu Energieschulden bei hessischen Privathaushalten durchgeführt. 69 Prozent von 32 teilnehmenden Energieversorgern gaben an, dass Zahlungsverzug und Stromsperren in den letzten Jahren ein zunehmendes Problem darstellen. Die durchschnittlichen offenen Forderungen stiegen von 394,81 Euro im Jahr 2011 auf 438,96 Euro im Folgejahr. Zwar bieten die Stromversorger Maßnahmen und Hilfestellungen an, allerdings kommen sie meist nicht routiniert oder zu spät (VZ Hessen, 28.08.2013).

Bei 21 Millionen Mieterhaushalten in Deutschland sind knapp ein Viertel ganz oder teilweise auf Sozialleistungen angewiesen (Kopatz u. a. 2013, 147). Sanierungen würden zu einem weiteren Anstieg führen. Hinzu kommt, dass in Ballungsräumen immer weniger günstiger Mietraum zur Verfügung steht. Die jetzt anstehende notwendige Unterbringung einer Vielzahl von Flüchtlingen dürfte die Situation verschärfen.

### **Einzelne Projekte dienen der Reduzierung des Energieverbrauchs in Deutschland**

Im Rahmen der seit 2008 bestehenden nationalen Klimaschutzinitiative konnten durch das Projekt Stromspar-Check einkommensschwache Haushalte bundesweit hinsichtlich Reduzierung von Stromverbrauch und Heizkosten persönlich beraten werden. Dabei konnten Einsparpotenziale pro Familie und Jahr von 1.250 kWh und 100 bis 150 Euro erzielt werden (BMUB 2015, 13). Der Stromspar-Check ist ein Verbundprojekt vom Deutschen Caritasverband e. V. und dem Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands e. V. Klimaschutzpolitik und Sozialpolitik werden verbunden (Deutscher Caritasverband e. V., 08.05.2015). Das Projekt verknüpft die vier Politikfelder Sozial-, Umwelt-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Die Ausgaben für Energie werden gesenkt, Energie- und CO<sub>2</sub> Einsparungen werden erzielt, Langzeitarbeitslose werden zu Stromsparhelfern geschult, einkommensschwache Haushalte werden für die Themen Klimaschutz und Energieeffizienz sensibilisiert (Kopatz u. a. 2013, 96 f).

In Nordrhein-Westfalen werden im Rahmen des Landesmodellprojekts „NRW bekämpft Energiearmut“ umfassendere Beratungen angeboten. Es geht um dauerhafte Regulierung von Zahlungsrückständen säumiger Kunden bei Energieversorgern und Ursachensuche. Seit 2012 wird in Zusammenarbeit des nordrhein-westfälischen Verbraucherschutzministeriums, der Verbraucherzentrale NRW e.V. und acht regionalen Energieversorgern Budget- und Rechtsberatung kombiniert mit einer Energieeinsparberatung in acht örtlichen Beratungsstellen der Verbraucherzentrale NRW e. V. angeboten. Seit dem Start des Projektes im Mai 2013 nahmen 1.300 Ratsuchende teil. Bei 20 Prozent war der Strom schon abgestellt, bei 37 Prozent stand dies kurz bevor (Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen o. J.). Die Beratung erfolgt durch festangestellte Beratungskräfte, die fachlich und methodisch geschult wurden (Kopatz u. a. 2013, 135). Der EnergieSparService Essen der Neue Arbeit der Diakonie Essen hat zwar nur individuelle Energieeinsparungsmöglichkeiten im Blick, zeichnet sich aber durch eine Vielzahl von Kooperationspartnern wie RWE, Stadtwerken und verschiedenen Wohnungsgesellschaften aus (Neue Arbeit der Diakonie Essen, o. J.).

### Welche Bedeutung hat das Thema Energiearmut in Kassel?

2013 fand ein Städtebaukongress in Kassel statt. Dabei hat der frühere Bundesumweltminister Töpfer, heute Exekutivdirektor des Nachhaltigkeitsinstituts IASS in Potsdam, auf die Problematik der Energiearmut hingewiesen.

Im WS 2013/14 wurde an der Universität Kassel im Rahmen eines Semesterprojektes des Fachbereichs 06 Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung das Thema Energiearmut in einer sehr umfassenden Herangehensweise bearbeitet. Hierzu wurden Dokumentenanalysen, Interviews mit Akteuren, Strukturdatenanalysen und Haushaltsbefragungen durchgeführt (FB 06 2014).

Für die Dokumentenanalyse wurden Sitzungsprotokolle von Stadtverordneten-, Ausschuss- und Ortsbeiratssitzungen von den drei vorherigen Jahren sowie Zeitungsartikel der regionalen Presse ausgewertet. Dabei wurde festgestellt, dass bei den kommunalen Gremien nur eine Teilsicht der Problematik erfolgte, entweder in Richtung sozialpolitischer Themen oder in Richtung wohnungsmarktpolitischer Themen. Eine Komplettsicht fehlte (FB 06, 2014, 43).

In den Dokumenten konnte festgestellt werden, dass 13 Prozent der Kasseler Bevölkerung Transferleistungen bezogen, und nur 20 Prozent der Gebäude saniert waren. Transferleistungen hatten sich in den vorangegangenen neun Jahren nur um 13 Prozent erhöht, während Heizkosten um 52 Prozent und Stromkosten um 66 Prozent gestiegen waren (FB 06 2014, 71).

Die Auswertung von Zeitungsartikel über zwei Jahre ergab, dass über das Thema Energiearmut kaum berichtet wurde. Zwar fand der Städtebaukongress 2013 in Kassel statt, auf dem von Klaus Töpfer auf Energiearmut hingewiesen wurde, aber es wurde kein Bezug zu Kassel hergestellt (FB 06 2014, 46).

Allerdings wurde vermehrt über Schimmel in Wohnungen durch zu geringes Heizen berichtet. Dies wurde als ein Indikator für die Problematik genannt (FB 06 2014, 46).

Interviews mit einem Interviewleitfaden zu fünf Themenblöcken wurden mit 18 verschiedenen Akteuren der Kommunalpolitik, der Verwaltung, von Energieversorgern, von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, von Mieter- und Vermietervereinen sowie aus dem sozialen Bereich geführt. Keinem der Befragten war der Begriff in seiner umfassenden Bedeutung klar (FB 06 2014, 48, 73). Vor allem energetisch unsanierte Gebäude und steigende Energiepreise wurden als hauptsächliche Ursachen für Energiearmut nach ausführlicher Erläuterung des Begriffes genannt (FB 06 2014, 48 f). Am meisten hatten sich Akteure aus dem sozialen Bereich mit der Problematik beschäftigt. Allerdings nahmen sie vor allem die soziale Problematik wahr und nicht Ursachen, die im Gebäudenzustand oder bei Geräten liegen (FB 06 2014, 72).

Welche Bevölkerungsgruppen am meisten von Energiearmut betroffen waren, wurde aufgrund fehlender Daten geschätzt. Menschen mit geringem Einkommen und Transferleistungsempfänger wurden hauptsächlich genannt, aber auch Hauseigentümer, Migranten und Bildungsferne (FB 06 2014, 47).

### Welche Risiken bestehen in einzelnen Kasseler Stadtteilen?

Für die Strukturdatenanalyse wurden ein computergestütztes geographisches Informationssystem (GIS) verwendet. Dabei handelt es sich um eine raumbezogene Datenbank. Es wurden als Kartengrundlage amtliche Liegenschaftskataster verwendet (FB 06 2014, 78). Auf der Grundlage von anderen empirischen Untersuchungen fand eine Annäherung über Indikatoren statt, da keine Daten über Energieverbräuche und Einkommen privater Haushalte in Kassel vorlagen. Die Daten wurden auf Stadtteilebene dargestellt und in einem Risikoindex verrechnet (FB 06 2014, 78). Dabei erfolgte die Ableitung hinsichtlich dreier Schwerpunkte:

- Haushalte mit potenziell hohem Energieverbrauch
- Haushalte mit potenziell niedrigem Einkommen
- Gebäude mit potenziell hohem Energieverbrauch (FB 06 2014, 78).

Dabei wurden folgende räumliche Ergebnisse festgestellt: Durch Überlagerung von drei Indikatoren, wie „unter 4 Jahren“, Arbeitslose und Migrationshintergrund, wiesen Haushalte in den drei Stadtbezirken Mattenberg, Wohnstadt Waldau und Holländische Straße einen potenziell hohen Energieverbrauch auf. Für den Indikator „über 65 Jahre“ ergaben sich keine Überschneidungen (FB 06 2014, 88) (siehe Abb. 1).

Für Haushalte mit potenziell niedrigem Einkommen wurden die Indikatoren Personen unter 14 Jahren, Verschuldung, Kfz-Quote (Fahrzeuge/1.000 Einwohner) und Arbeitslosigkeit (am höchsten gewichtet) verwendet. Dabei stellte sich in einigen Stadtbezirken eine doppelte oder dreifache Betroffenheit heraus. Besonders betroffen waren vor allem Haushalte in den

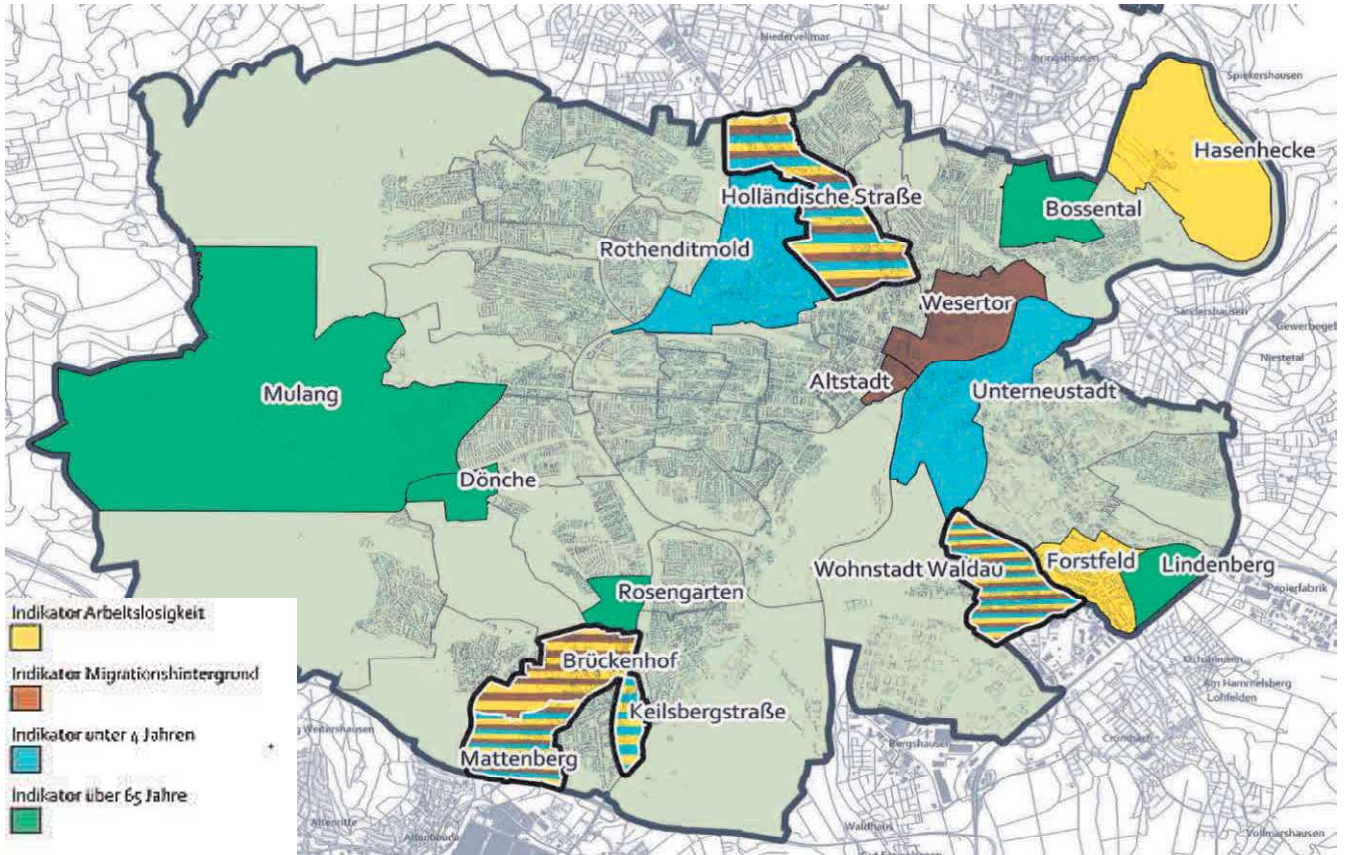


Abb. 1: Risikoindex Haushalte mit potenziell hohem Energieverbrauch. Quelle: FB 06 2014, 89

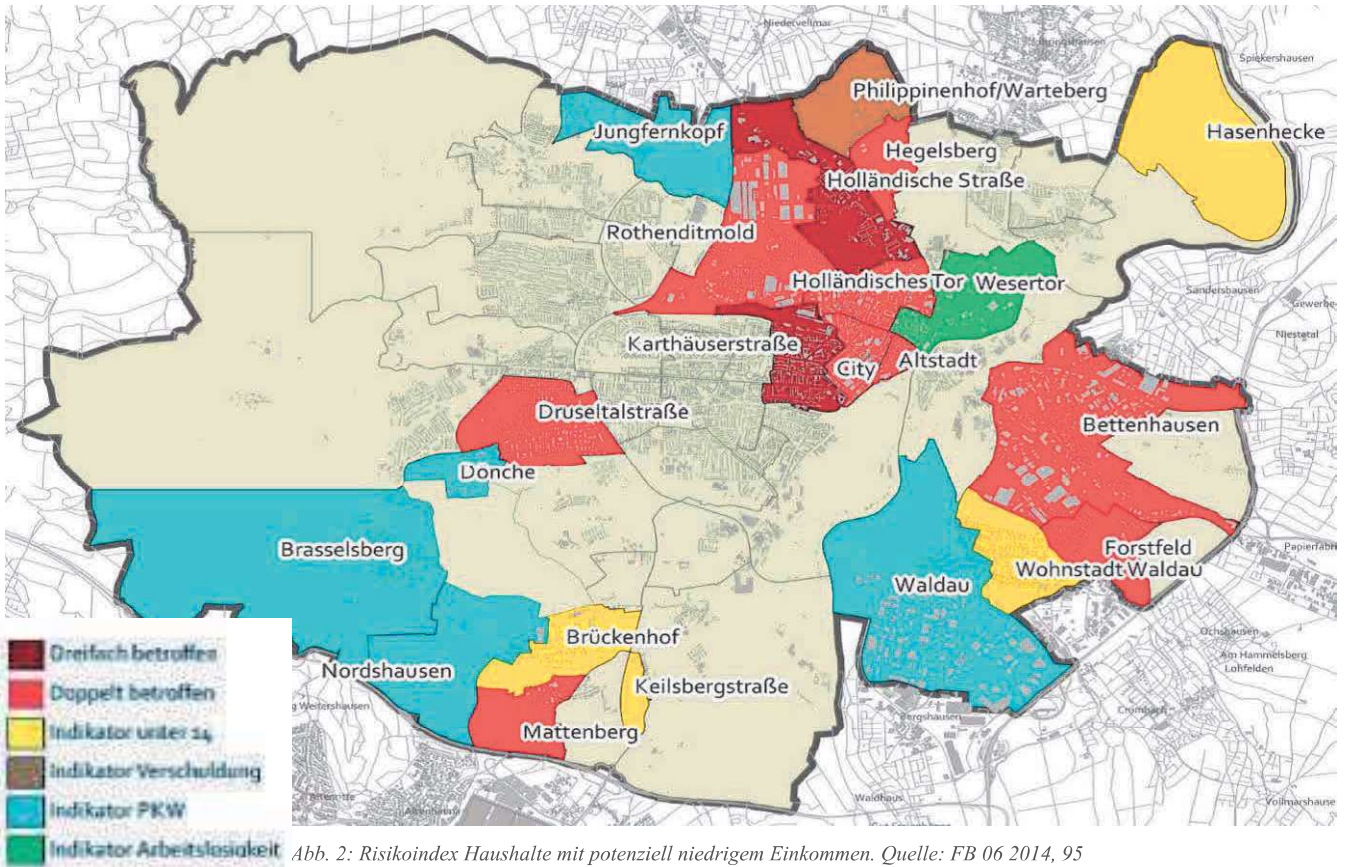


Abb. 2: Risikoindex Haushalte mit potenziell niedrigem Einkommen. Quelle: FB 06 2014, 95

nördlichen und östlichen Teilen von Kassel (FB 06 2014, 94ff) (siehe Abb. 2).

Die Indikatoren Fluktuation, Baualtersklassen, Typologie und Heizungsart wurden als Indikatoren für Gebäude, die mit höheren Energiekosten belastet sind, verwendet. Damit besteht für Bewohner ein höheres Risiko, von Energiearmut betroffen zu werden. Es zeigte sich, dass eher Haushalte in den Randlagen und im Süden von Kassel betroffen waren (FB 06 2014, 100).

### **Befragungen von Haushalten in Kassel**

Die Haushaltsbefragungen wurden als fragebogengestütztes Interview durchgeführt. Ein einheitlicher Fragebogen wurde zusammen mit anderen Städten wie Dresden, Leipzig und Lüneburg entwickelt. Für Kassel stand die Fragestellung „Gibt es Energiearmut in Kassel?“ im Mittelpunkt (FB 06 2014, 110). Die Befragungen fanden um die Jahreswende 2013/14 in ausgewählten Gebieten mit besonderer Baustruktur, auffälliger Sozialstruktur und potenzieller Risikoeinschätzung statt (FB 06 2014, 110). Die Bewohner wurden über Briefkasteneinwürfe und Aushänge informiert. 45 bis 60 Minuten Befragungsdauer wurden für ein Interview angegeben (FB 06 2014, 111).

Leider konnte wegen verschiedener Gründe nur eine Rücklaufquote von sieben Prozent der informierten Haushalte ( $n = 34$ ) erzielt und somit keine repräsentativen Daten ermittelt werden (FB 06 2014, 112). Bei der Befragung entstand der Eindruck, dass die meisten teilnehmenden Haushalte kein Interesse am Thema Energie- und Wohnkosten hatten, sondern eher aus persönlichen und emphatischen Gründen teilnahmen (FB 06 2014, 134). Außerdem konnte festgestellt werden, dass die sensiblen Fragen zu Geld- und Wohnverhältnissen sowie Verhaltensweisen zu sozial erwünschten Antworten führten (FB 06 2014, 134). Insgesamt war der Fragebogen zu lang, trotzdem fehlten Fragen z. B. zur Höhe der Grundgebühr bei Stromkosten oder Wohnungsdauer (FB 06 2014, 134). Mit Korrekturen und Ergänzungen wäre der Fragebogen durch die Verknüpfung von Gebäudebestand, persönliche Gegebenheiten und Verhalten grundsätzlich ein einsetzbares Instrument, allerdings sollte er besser anonym oder durch Vertrauenspersonen eingesetzt werden (FB 06 2014, 134).

Ergebnisse mit einfach umsetzbaren Handlungsmöglichkeiten waren, dass die Befragten meinten, sie hätten den günstigsten Stromanbieter gewählt, die Befragungen aber Unterschiede von 11 Cent/kWh ergaben. Einzelne Energie- und Wassersparmaßnahmen wurden nicht angewendet; sie sollten bekannter gemacht werden (FB 06 2014, 46).

### **Welche Handlungsmöglichkeiten und -ansätze ergaben sich in Kassel?**

Insgesamt wurden aus diesem sehr umfassenden Projekt in Kassel übergeordnete und lokale Handlungsansätze sowie Ansätze aufseiten der Verbraucher empfohlen. Es sollte beispielsweise überprüft werden, Stromkosten (unter Berücksichtigung

der Effizienz vorhandener Geräte) in den Bedarf der Arbeitslosengeld-II-Bezieher einzubeziehen. Dies könnte auch dazu führen, dass Transferleistungsempfänger einen günstigeren Tarif bekommen, den sie häufig nicht erhalten (FB 06 2014, 142). Sozialverträgliche Sanierungen sollten zunehmend gefördert werden (FB 06 2014, 143). So konnte beispielsweise bei der umfassenden Modernisierung inklusive energetischer Sanierung der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (BGW) erreicht werden, dass die Kaltmiete zwar etwas höher lag (0,5 bis 1,20 Euro/m<sup>2</sup>), aber die Warmmieten auf ähnlichem Niveau wie vorher lagen (Kopatz u. a. 2013, 157). Aufgegriffen wurde auch der Vorschlag von Kopatz u. a., die EEG-Umlage in einen „Energie-Soli“ umzulegen und an der Einkommenshöhe zu orientieren. Haushalte mit geringem Einkommen würden geringer belastet werden (Kopatz u. a. 2013, 235). Ein gesetzlicher Stopp der Heizkosten in der kalten Jahreszeit war ein weiterer Vorschlag, um Gesundheitsschäden zu vermeiden, die anschließend von der Gesellschaft getragen werden müssten (FB 06 2014, 143).

Für Verbraucher in Kassel wurden etliche Maßnahmen vorgeschlagen. Vielen Verbrauchern fehlt das Wissen über die Funktionsweise der Energieversorgung und Abrechnungsmodalitäten sowie über Energieeinsparungsmöglichkeiten. Niedrigschwellige Beratungen und Informationen, möglichst in mehreren Sprachen, Schulung und Einsatz von Beratungskräften in ähnlichen Lebenslagen wurden vorgeschlagen (FB 06 2014, 144 ff). Die Akteure aus den unterschiedlichen Bereichen sollten vernetzt werden, Ortsbeiräte und Quartiersmanager miteinbezogen werden (FB 06 2014, 145). Der Einsatz von Stromsparcheck-Beratern für Sozialhilfeempfänger – wie zuvor schon vorgestellt – wird zwar als sinnvoll erachtet, bezieht sich aber meist nur auf Strom (FB 06 2014, 148). Hilfreich für Verbraucher wäre auch das Transparentmachen aktueller Verbrauchsdaten (FB 06 2014, 146). Die hierfür vorgeschlagene Internetnutzung, Datenschutzprobleme und Kostenübernahme müssten allerdings gelöst werden. Die Nutzung anderer Möglichkeiten in der Wohnung selbst sollten forciert werden. Die Nutzung von Energiemessgeräten für einzelne Geräte könnte als einfache Lösung am Anfang stehen.

Energetische Sanierung hinsichtlich Gebäuden und Haustechnik ist in Kassel aufgrund des Gebäudebestandes notwendig. Dabei sollten umfassend beide Bereiche saniert werden. Allerdings besteht die Problematik, dass die Energiearmut bei finanzschwachen Haushalten durch stark gestiegene Mietkosten – auch wenn die Kosten für Heizung und Warmwasser sinken – ansteigen wird.

Quartiersbezogene Lösungen für energetische Stadtsanierung wären ein sinnvoller Ansatz. Hierbei können verschiedene Möglichkeiten und Förderprogramme kombiniert werden wie z. B. Solaranlagen, eigene Heizwerke, Fernwärmeanschluss u. a. Wichtig ist, gemeinsame Lösungen und das „richtige Mass“ für Mieter und Vermieter zu finden (FB 06 2014, 149).

Um Lösungen für Kassel aufgrund von belastbaren Daten zu finden, wurde vorgeschlagen, bei der Statistikstelle der Stadt Kassel eine Monitoringstelle einzurichten, in der Daten von

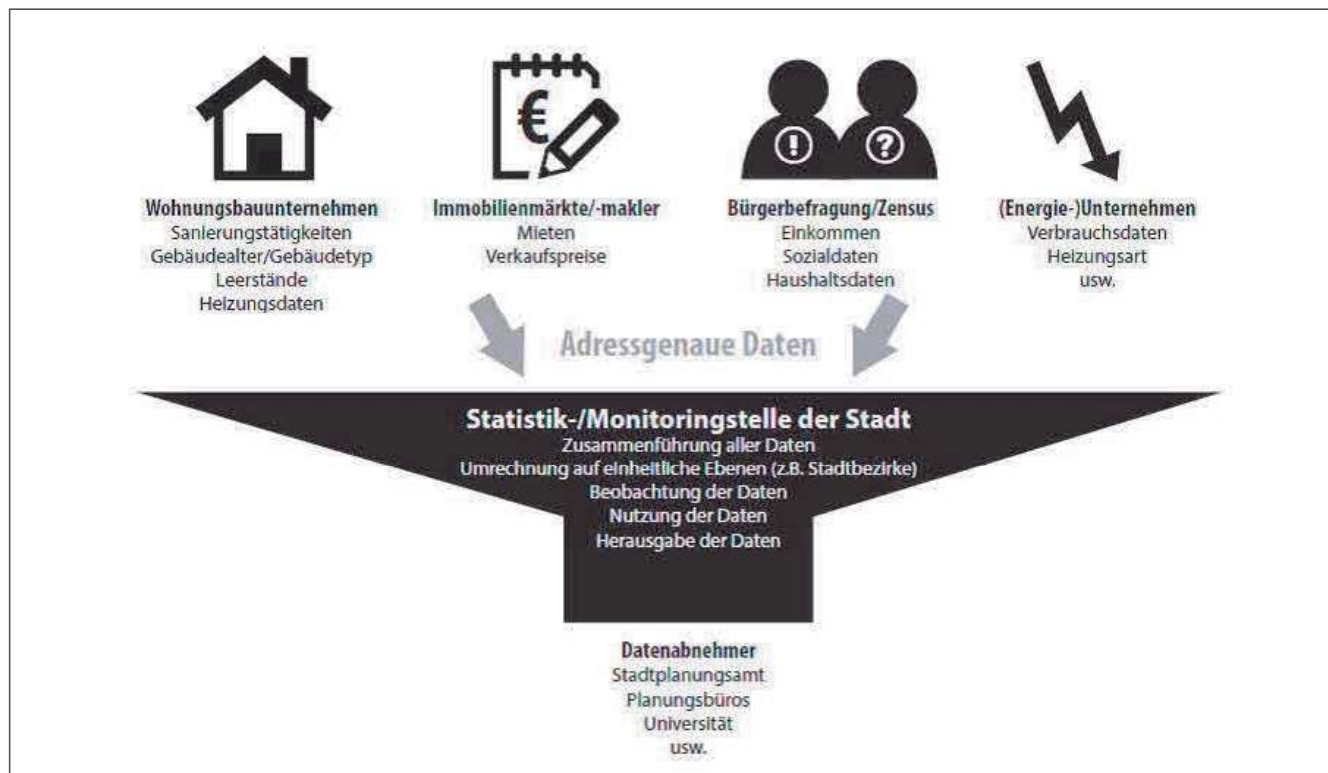


Abb. 3: Konzept zum effektiven Umgang mit Sozial- und Baustrukturdaten . Quelle: FB 06 2014, 155

Wohnungsbaunternehmen, Immobilienmaklern, Bürgerbefragungen sowie Energieunternehmen stadtteilbezogen unter Beachtung des Datenschutzes erfasst und ausgewertet werden (FB 06 2014, 154f) (siehe Abb. 3.) Diese vorgeschlagenen Maßnahmen würden auch den Vorschlägen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses entsprechen (EWS 2011, 1.5), wie am Anfang dargestellt.

Das Beispiel zeigt, wie kompliziert die Problematik ist und wie umfassend unter Beteiligung vieler Akteure stadt- und stadtteilbezogene Lösungen gefunden werden sollten.

### Welche Bedeutung hat das Thema Energiearmut für die Haushaltswissenschaften?

Wohnen – ein Grundbedürfnis – wird von den Haushaltswissenschaften aus der Perspektive der Haushalte und Menschen betrachtet (Fachausschuss Haushalt und Wohnen der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. 2010, 3). Für die Haushaltswissenschaften ist Energiearmut als sozialökologisches Problem von besonderer Bedeutung für Informations- und Beratungsarbeit sowie haushaltswissenschaftliche Forschung. Hinsichtlich Beratung und Information zur Energieeinsparung besteht eine längere Tradition seit der ersten Ölkrise in den 70er-Jahren. Bei vielen unterschiedlichen Trägern waren und sind Haushaltswissenschaftler/innen mit Energieeinsparberatung und -konzeptionen befasst. Zur Bewältigung der aufgezeigten Problematik sollten im Austausch mit anderen Akteuren ganzheitlichere Ansätze gefunden und umfas-

sendere Neukonzeptionen gemeinsam entwickelt werden. Referenzdaten für Haushaltsbudgets stehen zur Verfügung, die zum Vergleich von Ausgaben für Strom, Heizung und Miete herangezogen werden können (Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. 2013). Interdisziplinäre Forschung mit anderen Wissenschaften sollte intensiviert werden. Stadtbezogene Ergebnisse und Lösungen für Menschen, Wohnungen und Umwelt sollten auf der Grundlage von Forschung aus unterschiedlichen Perspektiven und zusammen mit Akteuren entwickelt werden.

### Welche Bedeutung hat das Thema Energiearmut für die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte Wohnstadt in Kassel?

Die Komplexität des Themas macht es schwierig, Energiearmut zu fassen! Indikatoren des Problems sieht die Wohnungswirtschaft bei steigenden Energiepreisen, ineffizienten Gebäuden und deren Ausstattung und Anlagentechnik sowie letztlich im falschen Verhalten und fehlendem Bewusstsein im Umgang mit Energie.

Neben der Kaltmiete führt der Anstieg der Nebenkosten, der sogenannten Zweiten Miete zu einer spürbaren Mehrbelastung bei der Mieterschaft. Die steigenden Energiepreise erzeugen dabei höhere Verbrauchskosten und betreffen damit auch den Wohnungsmarkt. Wobei dieser Anstieg nicht direkt auf einen erhöhten Verbrauch zurückzuführen ist, sondern auf einen Anstieg der Grundkosten. Messbar wird dies durch die

erhöhte Nachfrage zur Nebenkostenabrechnung „Aber ich habe doch gar nicht so viel verbraucht?“ sowie durch die Erhöhung des Betreuungsaufwandes der hausinternen Mietschuldnerberatung, die Unterstützungsangebote gibt, wie z. B. durch Gewährung von Ratenzahlungsvereinbarungen. Da die Übernahme der Wohn- und Nebenkosten bei der Gruppe der Transferleistungsempfänger durch die sozialen Sicherungssysteme gewährleistet ist, ist das Phänomen der Energiearmut hier für die Wohnungswirtschaft direkt weniger spürbar.

Gemäß der Vorgaben der Bundesregierung wird die Sanierung des Gebäudebestandes mit einem hohen Investitionsvolumen verfolgt. Der energetischen Ertüchtigung wird dabei eine hohe Bedeutung für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes beigemessen. Hohe Verbrauchs- und Bewirtschaftungskosten gerade bei den unsanierten Wohnungen belasten insbesondere die geringverdienende Mieterschaft.

Unwissenheit über richtiges Heiz- und Lüftungsverhalten, aber auch das zunehmende sparsame Heizverhalten führen zu einem Anstieg der Schimmelproblematik. Mit Beratung und Aufklärung wird versucht, dem entgegenzuwirken, und es unterstreicht die zunehmende Bedeutung der Bewusstseins-schaffung seitens der Wohnungswirtschaft neben der Anpassung des Wohnungsbestandes.

Insbesondere auch, um sozialen Problemen entgegenzuwirken, wird ganzheitliches nachhaltiges Handeln gefragt sein. In der Wohnungswirtschaft zeigt sich ein wachsendes Interesse an quartiersbezogenen Konzepten. Die Bedeutung, ihr strategisches Handeln an den Erfordernissen und Potenzialen im Quartier auszurichten und dabei neben den energetischen die sozialen Belange zu berücksichtigen, wird für die Wohnbauunternehmen zunehmen.

FB 06, Fachbereich 06 an der Universität Kassel Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung (2014): Reader zum studentischen Projekt Energieeffizienz, Energiearmut und die Segregation der Städte. Kassel

Kopatz, M. u. a. (2013): Energiewende. Aber fair! Wie sich die Energiezukunft sozial tragfähig gestalten lässt. München

Neue Arbeit der Diakonie Essen (o. J.): EnergieSparService Essen. <http://www.neue-arbeit-essen.de/index.php?id=215>. Aufruf: 18.08.2015

Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (13. Juli 2009) über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/54/EG, ABl. 4.08.2009, L 211/55-93

VZ Hessen, Verbraucherzentrale Hessen e.V. (28.08.2013): Energiearmut in Hessen- Ursachen und Konsequenzen. <http://www.verbraucher.de/energiearmut-in-hessen>. Aufruf: 18.08.2015

VZ NRW, Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. (01.07.2014) Dossier Energiearmut – Energiearmut bekämpfen – Daseinsvorsorge sichern. Düsseldorf

Prof. Dr. Barbara Freytag-Leyer

Hochschule Fulda

Fachbereich Oecotrophologie

Leipziger Straße 123

36037 Fulda

Barbara.Freytag-Leyer@he.hs-fulda.de

Dipl. -Ing. Ulrich Türk

Leiter Fachbereich Stadtentwicklung Nord

Unternehmensbereich Stadtentwicklung

NH ProjektStadt - Eine Marke der Unternehmensgruppe

Nassauische Heimstätte/Wohnstadt

Wolfsschlucht 18

## Literatur

BMAS, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn

BMUB, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit (2015): Die nationale Klimaschutzinitiative – Daten/Fakten/ Erfolge/2015. Berlin

Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (Hrsg.) (2013): Referenzbudgets für Haushaltsbudgets. Osnabrück

Deutscher Caritasverband e.V. (08.05.2015): Klimaschutzpolitik ist auch Sozialpolitik. <http://www.stromspar-check.de/aktuelles-erfolge/aktuelles/08-05-2015.html#c397> Aufruf: 18.08.2015

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen (o. J.): NRW bekämpft Energiearmut. <http://www.nrw-haelt-zusammen.nrw.de/energiearmut.html> Aufruf: 18.08.2015

EWS, Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (14. Juli 2010) zum Thema „Energiearmut im Kontext von Liberalisierung und Wirtschaftskrise“ (Sondierungsstellungnahme), ABl. 11.2.2011, C 44/53-56

Fachausschuss Haushalt und Wohnen der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (Hrsg.) (2010): Wohnen – Facetten des Alltags. Baltmannsweiler